

Tennisoffensive schafft Infrastruktur

Sportpolitik Vereine investieren mit Unterstützung der Stadt in neue Außen- und Hallen-Plätze – Höchster Club ist ein Vorbild für andere

Kürzlich erst hat der Höchster Tennis- und Hockey-Club einen Bauabschnitt seiner Anlagen-Umgestaltung eingeweiht. Das Projekt ist Maßstab für andere.

VON JÖRG HAHN

Frankfurt. Sportdezernent Markus Frank (CDU) musste sich kurzfristig wegen eines anderen Termins abmelden. „Wenn das Geld trotzdem rollt, ist er entschuldigt“, rief ein Teilnehmer vorlaut. Doch es ging eigentlich sehr ernsthaft zu beim 4. Info-Tag des Tennisbezirks Frankfurt, der diesmal beim Höchster THC stattfand.

Roland Frischkorn, der seit bald 20 Jahren Vorsitzender des Sportkreises Frankfurt ist, sagte: „Als ich anfing, hatten die hiesigen Vereine circa 119.000 Mitglieder, davon 60.000 Kinder und Jugendliche. Es hat mir immer gut gefallen, dass Jugendliche 50 Prozent ausgemacht haben. Wir haben heute rund 250.000 Mitglieder in den über 400 Turn- und Sportvereinen, natürlich auch dank der beiden größten Vereine, Eintracht Frankfurt und TG Bornheim. Von dieser Viertelmillion sind rund 100.000 Jugendliche, das heißt, Frankfurt ist gegen den allgemeinen Trend im Sport gewachsen, gerade bei den Jugendlichen und auch im Mittelalter der Vierzig- bis Fünfzigjährigen.“

Die Rolle des Sportkreises ist nicht hoch genug zu schätzen. „Es ist gelungen, über die letzten 20 Jahre ein stabiler Faktor in der Stadt zu werden, indem Turn- und Sportvereine für eine eigene Infra-

struktur gesorgt haben. Wichtig ist, dass der Sportkreis als Interessenvertretung für die Vereine in Frankfurt beteiligt ist an der Entwicklung der öffentlichen Förderrichtlinien“, sagt Frischkorn. „Hier ist es gut, dass es gelungen ist, mit der Stadt zu erreichen, die Zuschüsse für Vereine, die eigene Anlagen und Hallen bauen, auf bis zu 50 Prozent anzuheben. Vorher waren es nur 40 Prozent, und die Steigerung macht es den Vereinen leichter, Verantwortung zu übernehmen.“

13 neue Plätze

Das trifft besonders auf die Tenniszene zu, wie von Reimund Bucher, Chef des Tennisbezirks, zu hören war. Der Tennisbezirk wächst kontinuierlich und ist damit führend in Hessen – und auch in ganz Deutschland eine der Ausnahmen. Nachdem seit 1995 über 30 Außenplätze und 12 Hallenplätze abgebaut worden waren, hat die von Bezirk angestoßene und von der Stadt unterstützte „Tennisoffensive“ zu einem Gegentrend geführt. Allein in diesem Jahr werden sieben Außen- und sechs Hallenplätze neu errichtet oder wiedereröffnet. Die Stadt unterstützt die Investitionen der Vereine im Rahmen der „Tennisoffensive“ – in Anlagen, Clubhäuser, Plätze, Hallen – insgesamt mit etwa 10 Millionen Euro.

Die Neugestaltung beim Höchster Tennis- und Hockey-Club ist dabei das größte Projekt und ein Maßstab für viele andere. Was Vereinspräsident Dr. Wolfgang Hofmann und seine Mitstreiter aus der „Zukunfts-AG“ des Clubs erarbeitet



Dr. Wolfgang Hofmann, der Präsident des Höchster Tennis- und Hockey-Clubs (HTHC), zeigt, wie die neue Tennis- und Hockeyhalle am Grasmückenweg aussehen wird. Foto: Maik Reuß

haben, ist in der deutschen Vereinslandschaft beispielhaft. Der 120 Jahre alte Höchster THC hat sich auf der einen Seite – ohne die Höchst AG als früherem Geldgeber – neu erfunden, bleibt auf der anderen Seite aber seinen sportlichen Traditionen mit Tennis und Hockey treu.

Roland Frischkorn stellt fest: „Tennis setzt, neben Basketball, die positiven Zeichen, was Sportentwicklung bedeutet. Es geht um Kreativität, Pläne, gegenseitige Un-

terstützung, um Schwerpunkte und Ziele sowie um Partnerschaft von Stadt, Sportkreis und Vereinen. Die Vereine treiben den Sport in der Stadt mit Eigenleistung voran. Wir müssen begreifen, dass Sport mehr ist als Wettkampf, nämlich Kultur und Bildung.“

Reimund Bucher betonte für den Tennisbezirk, was für die Frankfurter notwendig sei: Tennis und Sport überhaupt in der Nähe der Wohnorte, wobei die kleine, aber zugleich rasch wachsende Groß-

stadt Frankfurt mit begrenzten Flächen und der ständigen Abstimmung etwa mit dem Grünflächenamt sowie der Unteren Naturschutz-Behörde herausfordernde Aufgaben stelle. Zudem brauchten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, ohne „Eltern-Taxi“ zum Sport zu kommen. Überdies müssten Hallenkapazitäten geschaffen werden für die kalte Jahreszeit.

Die Wunschliste ließe sich sicher noch verlängern. Bucher freut sich jedoch schon darauf, dass die Be-

zirksmeisterschaften nicht mehr „im Ausland“ stattfinden müssten, und er meinte damit angrenzende Tennisbezirke wie Offenbach, wenn in Höchst die Halle fertiggestellt sei.

Zusätzliche Kapazitäten

Bei vielen Vereinen sei in den letzten zwei Jahrzehnten zusätzliche Kapazität an Sport-Infrastruktur entstanden, sagt Frischkorn. „Die einzige zusätzliche Sportstätte, die im selben Zeitraum in städtischer Regie entstehen konnte, ist der Sportpark Preungesheim – nach zähem Ringen und 25 Jahren Diskussion. Turn- und Sportvereine sind durch ihre Struktur einfach flexibler und besser, das hat auch die Stadt erkannt.“ Sportkreis und Stadt sehen sich als „Partner auf Augenhöhe“. Frischkorn betont: „Wir prüfen als Sportkreis mit den Vereinen, was wir selbst dazu beitragen können, dass Sport sich in der Stadt weiterentwickeln kann. Wir sind durchaus kritisch, suchen aber eine gemeinsame Lösung mit der Stadt.“

Die größte Herausforderung für den Sport ist in Frankfurt die begrenzte Fläche. Frischkorn nennt Frankfurt „die kleinste Großstadt der Welt“. Das bedeutet, dass es für jedes Grundstück zahlreiche Begehrlichkeiten gibt. „Es muss uns gelingen, Sport, Kultur, Bildung, Umwelt- und Naturschutz miteinander zu verbinden, das ist nicht einfach. Es ist ein ständiger Kampf. Aber ich bin überzeugt, dass diese Situation auch anregt zu neuen Ideen.“

Freispruch für mutmaßlichen Raser

Frankfurt. Das spektakuläre Wettrennen mit einem Polizeifahrzeug quer durch Sachsenhausen und den Stadtwald bleibt vorerst ohne strafrechtliche Konsequenzen. Der 31-Jährige, der sich als mutmaßlicher Fahrer des Mercedes vor dem Amtsgericht zu verantworten hatte, wurde gestern Nachmittag freigesprochen. Auch wenn manches auf seine Täterschaft hindeute, habe es doch nicht mit abschließender Sicherheit festgestellt werden können, ob er tatsächlich der Fahrer gewesen sei, sagte Richter Michael Matzack, nachdem er am zweiten Verhandlungstag die beiden Polizeibeamten vernommen hatte. Einer von ihnen hatte zwar behauptet, den bereits polizeibekanntem Angeklagten aus etwa 100 Meter Entfernung erkannt zu haben. Diese Aussage aber erschien dem Richter als vage.

Der Fahrer des Mercedes war in der Nacht zum 5. Juli 2019 über die Darmstädter Landstraße mit mindestens 120 Kilometern pro Stunde vor der Polizei geflüchtet und über rote Ampeln und durch verkehrsberuhigte Zonen Richtung Oberforsthaus gerast. Die Polizisten brachen die Verfolgungsjagd schließlich ab, um sich nicht selbst und andere Verkehrsteilnehmer zu gefährden. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, seinen Wagen nicht selbst gefahren zu sein. Er habe sich nach einer Party in Alt-Sachsenhausen von einem Freund heimfahren lassen. Das eigene Auto habe möglicherweise sein Bruder heim gebracht. Zumindest die Staatsanwältin aber ging von seiner Täterschaft aus und forderte 1350 Euro Geldstrafe (90 Tagessätze) wegen illegalen Wettrennens. Möglicherweise wird sie in Berufung gehen. *ge*

70 JAHRE GRUNDGESETZ

Anzeigen-Sonderveröffentlichung



Liebe Bürgerinnen,
Liebe Bürger,

ich schreibe Ihnen, weil unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, 70 Jahre alt wird. 70 Jahre – das ist weniger als die durchschnittliche Lebensspanne, die einem Menschen in unserer Zeit gegeben ist. Aber ein Blick auf die Vergangenheit zeigt, dass eine 70 Jahre lange Phase von Frieden und Freiheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Wohlstand und Sicherheit alles andere als selbstverständlich ist. Die Geschichte unseres Landes ist die Geschichte eines außerordentlichen Erfolgs – eines Erfolgs, an dem das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 entscheidenden Anteil hat.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bildet die Grundlage für unser Gemeinwesen und für das staatliche Handeln. Es garantiert die Würde des Menschen, die Grund- und Freiheitsrechte als unmittelbar geltendes Recht und die Souveränität des Volkes, von dem alle Staatsgewalt ausgeht. Im Grundgesetz bündeln sich die historischen Erfahrungen aus dem langen Ringen um die Demokratie in Deutschland und aus der nationalsozialistischen Diktatur mit ihren beispiellosen Verbrechen.

Die demokratischen Politikerinnen und Politiker aus den deutschen Ländern haben mit dem Grundgesetz ein großartiges Werk geschaffen. Hessen hat seinen Beitrag dazu geleistet. Wir haben es in der Hand, die Werte des Grundgesetzes auch in den kommenden Jahrzehnten mit Leben zu erfüllen. Demokratie braucht engagierte Demokraten. Wir sind aufgerufen, die Zukunft unserer freiheitlichen Ordnung und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sichern.

Deshalb lade ich Sie ein, weiter an der Gestaltung unseres lebendigen und lebenswerten demokratischen Gemeinwesens mitzuwirken.

Ihr

Volker Bouffier
Hessischer Ministerpräsident



Toleranz, Vielfalt und Wahrung der Menschenrechte

Hessische Lehrer sollen Grundrechte vermitteln / Festveranstaltung mit 600 Schülern in der Paulskirche

Über 600 Frankfurter Oberstufenschüler werden heute, 23. Mai, ab 10 Uhr zur Festveranstaltung „70 Jahre Grundgesetz“ in der Frankfurter Paulskirche erwartet. Rund 100 Schüler aus vier Gymnasien haben sich auf Initiative der Stiftung Polytechnische Gesellschaft und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung im Vorfeld intensiv mit der Bedeutung des Grundgesetzes für das Zusammenleben in unserer offenen, demokratischen Gesellschaft auseinandergesetzt und eine einzigartige Festveranstaltung konzipiert.

Auf dem Programm der Festveranstaltung stehen Gespräche mit dem Bürgerrechtler und Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, der Juniorprofessorin für Öffentliches Recht an der Universität Gießen, Jun.-Prof. Dr. Jelena von Achenbach, ein von F.A.Z.-Mitherausgeber Werner D'Inka moderiertes Pod-

iumsgespräch mit vier Jugendlichen, ein Verfassungsquiz sowie ein Poetry-Slam.

„Mit dieser Veranstaltung möchten wir mit den Jugendlichen über die Bedeutung des Grundgesetzes und über Werte wie Demokratie, Freiheit und Grundrechte ins Gespräch kommen. Denn es ist an ihnen, diese Fundamente unseres Landes aufs Neue zu verstehen, zu bewahren, zu beleben und weiterzuentwickeln“, betonen die Initiatoren Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft, und Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Die Veranstaltung wird live im hr-Fernsehen übertragen.

DEMOKRATISCHES VERHALTEN BEGINNT AUF DEM SCHULHOF

Wie bedeutend ein sattelfestes Demokratieverständnis von Schülern ist, machte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) im Vorfeld klar. Er stellte die Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ vor, mit deren Hilfe die Pädagogen vor allem gegen extremistisches Verhalten in der Schule vorgehen sollen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der praktischen

Einübung von Werten wie Toleranz, Vielfalt und Wahrung der Menschenrechte. Die Broschüre soll an alle hessischen Lehrer quer durch die Fächer vergeben werden, „denn Rassismus, Ausgrenzung und Judenfeindlichkeit machen nicht vor der Sporthalle oder dem Chemieraum halt“, so Lorz.

Nach Angaben des Kultusministers häufen sich die Hinweise darauf, dass für viele Schüler ein Verhalten, das die Grundrechte und Würde aller wahrhaft, nicht mehr selbstverständlich ist. Populistische Anfeindungen von links und rechts, plumpe Vereinfachungstendenzen oder antisemitische Äußerungen auf dem Schulhof verdeutlichen, dass die Werte des Grundgesetzes auch 70 Jahre nach dessen Inkrafttreten immer wieder aufs Neue vermittelt und verteidigt werden müssten.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Minister den 125 Seiten starken Leitfaden von einem Team der Universität Bonn unter Leitung des Politikwissenschaftlers Tilman Mayer erarbeiten lassen. „Der Staat ist keine wertneutrale Institution, sondern der Demokratie verpflichtet“, sagte Mayer. Das Einüben einer entsprechenden Verhaltenskultur müsse deshalb in der Schule beginnen.

Zusätzlich zu dem Leitfaden, der auch auf der Homepage des Kultusministeriums online zur Verfügung stehen soll, wird noch eine Fortbildungsreihe angeboten. Außerdem bietet die Landeszentrale für politische Bildung einen Schulprojekttag „Die Grundrechtsarena“ an, bei dem sich Schüler aktiv mit Grundrechten auseinandersetzen können.

Ins Gespräch kommen und über Werte wie Demokratie, Freiheit und Grundrechte sprechen – dazu sind rund 600 Schüler heute in der Frankfurter Paulskirche eingeladen.
Foto: dpa

